



**#freistarten**

JUGEND  
WAHL  
PROGRAMM

## LIEBE LESER\*IN,

2018, dieses Jahr trägt für die Landtagswahl ein gutes Omen in sich: Vor 100 Jahren hat die Revolution die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Bayern wurde eine Republik. Mit Kurt Eisner war es ein Sozialdemokrat, der den Freistaat ausgerufen hat. 100 Jahre danach ist es wieder Zeit für eine Revolution: Die Ablösung und das Ende der absoluten Mehrheit der CSU.

Die Geschichte der Freistaatsgründung zeigt, dass auch in Bayern die Verhältnisse nicht in Stein gemeißelt sind, auch wenn uns das manchmal so erscheinen mag.

Wir wollen mit dir #freistarten! Bayern geht anders!  
Unser Bayern ist nicht ausgrenzend, in unserem Bayern entscheidet deine Herkunft nicht über deine Chancen, unser Bayern ist kein Polizeistaat, unser Bayern ist weltoffen, tolerant, chancengerecht und revolutionär!

Was das genau für uns bedeutet, wie wir uns Bayern vorstellen und wie wir es gestalten wollen, stellen wir dir in diesem Jugendwahlprogramm vor:

Herausgeber:

Jusos-Landesverband Bayern, Oberanger 38/1, 80331 München

Tel.: 089 / 23 17 11-37, Fax: 089 / 23 17 11-39,

E-Mail: [buerro@jusos-bayern.de](mailto:buerro@jusos-bayern.de)

V.i.S.d.P.: Milos Vujovic, Landesgeschäftsführer der Jusos Bayern



# Wahlprogramm der Jusos Bayern 2018

Bayern ist ein wirtschaftlich starkes Land. Diese Stärke wird jedoch nicht dazu genutzt, damit es den Menschen in diesem Land bessergeht. Wir wollen, dass der Reichtum dieses Landes und die freiheitlichen und demokratischen Rechte allen Menschen zugänglich gemacht werden. Wir fragen dabei nicht nach sozialer Herkunft, sexueller Identität, kulturellem Hintergrund oder Religion. Für uns haben alle Menschen die gleichen Rechte. Darum wollen wir Bayern mit diesen Maßnahmen besser machen:

## BILDUNG

Freie, solidarische und demokratische Bildung ist ein zentrales Anliegen der Arbeiter\*innenbewegung. Wir Jusos sind zusammen mit der SPD Teil dieser Bewegung. Um Bildung so zu gestalten fordern wir:

- Ausbau der Kita- und Krippenplätze
- Beitragsfreiheit für Kitas und Krippen
- bayernweite Einführung des kostenlosen Schwimmunterrichts ab dem zweiten Kindergartenjahr
- Eine Schule für alle: Inklusive Gemeinschaftsschulen
- Alternative Bewertungsformen und Abschaffung von Noten
- Kleinere Klassen, mehr Lehrer\*innen
- Mehr Demokratieerziehung und Politikunterricht
- Vermittlung von Medienkompetenz
- Mehr Mitbestimmung an Schulen und Hochschulen
- Bessere Arbeitsbedingungen an Schulen und Hochschulen
- Studienplätze ausbauen, Zulassungsbeschränkungen abschaffen
- umfangreichen Ausbau der sozialen Infrastruktur rund um die Hochschulen (Wohnheime, Mensen, Beratungsangebote) im Rahmen eines Hochschulsozialpaktes

Bildung darf nicht nur Ausbildung und Qualifizierung für das Berufsleben sein. Bildung ist ein Mittel zur sozialen Inklusion, zum sozialen Aufstieg und zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Die Finanzierung unseres Bildungssystems ist eine staatliche Aufgabe, d.h. wir tragen sie als Gesellschaft alle gemeinsam. Wer die Kosten von Bildung privatisiert, schließt Menschen von dieser aus. Denn Chancengerechtigkeit ist nur möglich, wenn der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb muss Bildung für alle kostenfrei sein. Weder Gebühren oder das Geld für den Schulbus, noch Kosten für Arbeitshefte und Malkästen dürfen eine Hürde darstellen.

### ***Unsere Vision eines Bildungssystems ist solidarisch und demokratisch.***

Solidarisch, weil wir für eine inklusive Gesellschaft und ein inklusives Bildungssystem stehen. Wir wollen ein gemeinschaftliches Lernen aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Identität, ihrem kulturellen Hintergrund oder ihrer Religion. Ein gutes Bildungssystem fördert den offenen Austausch zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Dies ist mit dem derzeitige Aufteilung in drei Schularten nicht möglich. Die Aufteilung in Schularten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Anerkennung manifestiert soziale Ungerechtigkeit.

Demokratisch, weil Bildung selbstbestimmt sein muss. In einer demokratischen Gesellschaft sind Mitbestimmung und Partizipation in Bildungseinrichtungen selbstverständlich.

***Deshalb fordern wir: Mehr Mitbestimmung für Schüler\*innen!***

## **GUTE AUSBILDUNG JETZT!**

Die Qualität der Ausbildung ist der zentrale Baustein für das weitere Arbeitsleben von jungen Menschen. Um überall in Bayern eine hervorragende Ausbildungsqualität zu garantieren, fordern wir:

- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Jugend- und Auszubildendenvertretungen

- Ausbildungsgarantie: gesetzlicher Anspruch auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung oder staatliche Garantie zur Ausbildung an berufsbildenden Schule oder außerbetrieblichen Bildungsträger
- keine Verkürzung der Ausbildungszeit
- keine Modularisierung der beruflichen Ausbildung, Beibehaltung des Systems des Berufsprinzips
- unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildende
- Einführung einer flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens gemäß des -BAFÖG-Satzes
- Gute Weiterbildung ermöglichen: verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung
- einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter zu Freistellung und Lohnfortzahlung während der Berufsschulzeit
- Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung für Auszubildende und dual Studierende
- Kostenfreie Bildung

Kostenfreies Lernen ist für uns nicht nur eine Forderung für die Gestaltung des Lernens an allgemeinbildenden Schulen. Auch die Berufsausbildung sowie das duale Studium sollen kostenfrei angeboten werden.

Das wollen wir auch für Weiterbildungen schaffen: Lebenslangem Lernen wird heute extrem hohe Bedeutung zugemessen. Wir fordern deshalb die Kostenfreiheit von Meister- und Techniker-ausbildungen!

## **MINDESTAUSZUBILDENDENVERGÜTUNG**

Auszubildende leisten einen erheblichen Anteil am Erfolg ihres Betriebes. Trotzdem erhalten sie oft so wenig Ausbildungsvergütung, dass sie sich ihr Leben damit nicht alleine finanzieren können. Das wollen wir ändern:

Die Ausbildungsvergütung muss Auszubildenden ein eigenständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen ermöglichen. Daher fordern wir die Einführung einer gesetzlichen, flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAföG-Satzes.

## GUTE ARBEIT

Gute Arbeit ist ein Teil des Lebens sie macht das Leben nicht zu einem Teil der Arbeit. Gute Arbeit und faire Löhne sind der beste Schutz vor Armut. Um flächendeckend gute Arbeit zu garantieren, fordern wir:

- gute und flächendeckend Tarifverträge und Mitbestimmung für alle Arbeitnehmer\*innen
- angepasste Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- das Recht auf Weiterbildung
- das Zurückdrängen von Niedriglöhnen, Scheinselbständigkeit und Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- die Abschaffung aller Ausnahmen beim Mindestlohn
- Bildung für die digitale Kompetenz unserer Kinder in Schulen, die diese mit guter personeller und sachlicher Ausstattung vermitteln
- ein Tariftreuegesetz – denn der Freistaat muss Vorbild für gute Arbeit sein
- anonymisierte Bewerbungen

Wir wollen eine Umkehr bei der Arbeitszeit: Das heißt, dass Arbeitnehmer\*innen in jeder Lebensphase selbst bestimmen können, wann und wie lange sie arbeiten. Die Unternehmen dürfen nicht allein entscheiden, was Flexibilität für Arbeitnehmer\*innen und konkret für deren Leben bedeutet. Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein - für Männer und Frauen. Hierfür brauchen wir echte Flexibilität und nicht immer längere und häufig unbezahlte Arbeitszeiten. Unser Ziel bleibt die 30-Stunden-Woche, bei Einkommenssicherung, flexibel und selbstbestimmt gestaltet. Dazu brauchen wir eine andere Kultur und andere Regeln; denn die besten Arbeitnehmer\*innen sind nicht diejenigen, die möglichst lange anwesend oder mobil verfügbar sind.

## WOHNEN

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe angepassten Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um jungen Menschen, Student\*innen, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer\*innen einen Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Ihnen fällt es oft besonders schwer, überhaupt eine Wohnung auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Bürgschaften, Kauttionen und unbefristete Arbeitsverträge sind oft zu hohe Hürden. Das wollen wir beenden.

Daher fordern wir:

- Eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die zweckgebunden bezahlbaren Wohnraum schafft
- Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften Wohnraums
- Preislimitierte Abgabe von Liegenschaften des Freistaats an Kommunen und gemeinnützige Träger\*innen
- Preislimitierte Verlängerung der Erbbaurechte oder Flächenabtretung für die bestehenden Genossenschaftswohnungen auf Liegenschaften des Freistaats Bayern
- Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen
- Einrichtung eines Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebunden kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsbau
- Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke
- Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende
- Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Blockschulwohnheime

## **KOSTENLOSES LANDESTICKETS FÜR ALLE AUSZUBILDENDEN, SCHÜLER\*INNEN UND STUDIERENDEN**

Von Jugendlichen wird immer mehr Mobilität erwartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Ausbildungsstätte ist keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt der Weg zur Berufsschule dar. Auszubildende müssen häufig weite und dadurch kostenintensive Wege zur Schule absolvieren. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen häufig für ein gesamtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird. Vor allem Auszubildende, die nur sehr gering oder gar nicht vergütet werden, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.

Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler\*innen. Diese müssen ab der 11. Jahrgangsstufe die Fahrtkosten zur Schule meist selbst tragen. Bei Studierenden konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu niedrigeren Preisen in Form eines Studierendentickets möglich machen. Das ist aus unserer Sicht jedoch zu wenig.

Wir fordern daher die Einführung eines kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler\*innen, Studierenden sowie Teilnehmende an den Freiwilligendiensten „Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FÖJ, FSJ für Geflüchtete“ im Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern.

## **DIGITALISIERUNG**

Bayern steht, insbesondere als dezentraler Flächenstaat, vor großen Aufgaben im Zeitalter der Digitalisierung. Dabei sind die Herausforderungen, vor die ländliche Kreise und urbane Zentren gestellt werden. Das bedeutet, dass es nicht eine Lösung für alle geben kann. Wir müssen aber Lösungen für alle Herausforderungen finden.

In strukturschwachen Regionen stellt die Versorgung mit zeitgemäßen Netzen bislang die größte Problematik dar. Aufgabe der Landesregierung ist es daher, sicherzustellen, dass jeder Haushalt in den kommenden beiden Jahren den Zugang

zu schnellem Internet erhält. Gleichzeitig müssen Mobilfunknetze ausgebaut und aufgewertet, sowie Versorgungslücken geschlossen werden.

Wir sprechen uns entschieden gegen die Privatisierung der Netze aus. Gerade im Bereich des Breitbandausbaus geht die Privatisierung zu Lasten der Menschen. Gegenwärtig bauen Breitbandanbieter lokale, natürliche Monopole durch das Anschließen von Kommunen an das Breitbandnetz aus. Die Konsequenz aus der Marktmacht lokaler Monopole ist das Setzen von horrenden Preisen für die Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz bei gleichzeitig hoher Störanfälligkeit und schlechtem Kundenservice. Da private Konzerne ausnahmslos bei positiver Renditeerwartung Kommunen an das Netz anschließen, trägt der öffentliche Haushalt schlussendlich die Kosten des Anschlusses von kleineren Dörfern und Weilern. Im Moment werden profitable Filetstücke privaten Konzernen überlassen. Dörfer und Weiler, aus denen kein Gewinn geholt werden kann, müssen durch den Staat angebunden werden. Wir wollen es nicht dulden, dass Gewinne privatisiert werden, während Staat und Gesellschaft auf den Kosten sitzen bleiben. Wir wehren uns dagegen, dass es Wohnorte erster und zweiter Klasse gibt. Wir wollen, dass alle Menschen mit dem bestmöglichen Netz angebunden sind. Das ist eine staatliche Aufgabe.

## ANTIFASCHISMUS

Wir Jusos sind Antifaschist\*innen. Wir kämpfen gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Unabhängig davon, ob diese Phänomene durch gewalttätige Übergriffe, feindliche Stimmungsmache oder unterschwellige Ressentiments ausgedrückt werden: Sie sind mit einer toleranten und offenen Gesellschaft nicht vereinbar. Aber genau eine solche Gesellschaft wollen wir Jusos.

Das funktioniert aber nur, wenn wir in allen Bereichen unserer Gesellschaft diese Phänomene aufarbeiten. Wir fangen damit bereits in der Schule an. Darum fordern wir mehr Demokratie- und Politikunterricht an Schulen.

Wir wollen aber auch die Rolle des Staates hinterfragen. Die Ereignisse um den NSU haben gezeigt, dass hier noch sehr viel Arbeit vor uns liegt. Die Rolle des Verfassungsschutzes, ist bis heute nicht vollends aufgeklärt. Aus unserer Sicht hat seine Arbeit jedoch nicht der Aufklärung und schon gar nicht zur Stärkung einer offenen und toleranten Gesellschaft beigetragen. Darum fordern wir die Auflösung des Verfassungsschutzes.

## JUGENDPARTIZIPATION

Junge Menschen haben ein Anrecht darauf, ihre Meinung zu sagen und ihre Interessen selbst zu vertreten. Das Recht auf Beteiligung ist auch Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention. Wir Jusos setzen uns für dieses Recht der Mitsprache von Kindern und Jugendlichen ein. Der Freistaat Bayern soll zu einem Musterbeispiel an Jugendpartizipation werden, auf kommunaler genauso wie auf Bezirks- und Landesebene.

Daher fordern wir:

- Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre
- Verpflichtende kommunale Jugendräte mit eigenem Budget
- Wiedereinführung der verfasste Studierendenschaft
- Stärkung der Rechte der SMVen
- Stärkung der politischen Bildung

*Unser Bayern ist weltoffen, tolerant, chancengerecht und revolutionär!  
Wir kämpfen gemeinsam für eine Revolution 2018. Dafür werden wir mit dir  
#freistarten*

# #freistarten in den Wahlkampf - mit unseren Materialien



**Clipper®- Feuerzeuge**  
Aufdruck "Flamme der Revolution"  
60 ct/ Stk.



**Kondom-Pocket**  
Aufdruck: "Sicherheit ohne Überwachung".  
Kondom aus Naturkautschuklatex  
20 ct/ Stk.



**Sonnenbrille**  
Mit UV-Schutzfaktor 400  
Seitlicher Aufdruck: Jusus Bayern  
80 ct/ Stk.



**Lollies**  
In Herzform mit Erdbeergeschmack  
10 ct/ Stk.



**Florida-Frisbee**  
Faltbar. Aufdruck: #freistarten  
20 ct/ Stk.



**Sattelschoner**  
Aufdruck "Nur wer sich bewegt spürt seine Kette"  
40 ct/ Stk.



**Demnächst: King Size Papers + Tips**  
"Drehen für den Wechsel"



**Kugelschreiber**  
Tintenfarbe blau  
10 ct/ Stk.

Bestell gleich auf unser Homepage



jusus-bayern.  
bayernspd.de/material/

## Flyer

**Unsere Themenflyer**  
Vorne mit Bildmotiv  
Hinten kurze Positionen

Themen:  
- Wohnen - Arbeit/Ausbildung  
- ÖPNV - Antifa - Umwelt  
- Polit. Partizipation  
kostenlos



## Sticker

**Sticker, versch. Motive**  
5 ct/Stk.



**JUSOS**  
BAYERN



[jusos-bayern.de](http://jusos-bayern.de)

